

Soziale Innovation, ökosoziale Ökonomien und Community Development

Susanne Elsen – Freie Universität Bozen

Abstract

Dieser Beitrag setzt sich mit sozialen Innovationen auf lokaler Ebene auseinander und stellt diese in den Zusammenhang der Wachstumswende und der ökosozialen Transformation. Im Zentrum stehen integrative Ansätze, die auf die Erschließung und Erhaltung der Potenziale des Gemeinwesens und seiner Menschen zielen.

1. Soziale Innovationen, oder – wie kommt das Neue in die Welt?

Unter Sozialen Innovationen ist die Herausbildung, Durchsetzung und Verbreitung von neuen sozialen Praktiken in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen. Dieses Verständnis geht auf den österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter (1883 – 1950) zurück, der soziale Innovationen als schöpferische Zerstörung und Basis der gesellschaftlichen Evolution bezeichnete. Die Akteure, die solche Gestaltungs- und Transformationsprozesse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, oft gegen den Widerstand etablierter Systeme realisieren, dabei Rückschläge ertragen müssen und gesellschaftliche Probleme lösen, bezeichnete Schumpeter (1964[1911]) als *Entrepreneure*. Es handelt sich dabei um initiative Menschen, die eine Vorstellung von zukunftsfähigen und nachhaltigen Lösungen haben und diese erfolgreich gemeinsam mit anderen umsetzen und verbreiten.

Der Begriff Entrepreneurship wird heute verkürzt auf Neugründungen von Unternehmen im Allgemeinen angewendet. Dies lässt jedoch die Tatsache außer Acht, dass soziale Erfindungen in allen Bereichen stattfinden und

relevant sind und dass die Wirkungen des *entrepreneurial spirits*¹ über die einzelnen Ansätze der Innovationen hinaus reichen. Entrepreneure bringen neue Sichtweisen und Praktiken in die Systeme ein, in denen sie agieren und bewirken dadurch nicht selten einen weiter gehenden Paradigmenwandel.

Soziale Innovationen resultieren aus neuen Kombinationen oder der Integration verschiedener Elemente die vorher getrennt waren, durch Erneuerungen einzelner dieser Elemente, z.B. im Bereich der umweltverträglichen Technologie, durch Methoden der Ressourceneffektivierung oder beispielsweise im Bereich der Politik durch die Partizipation von Gruppen, die Interessen und Sichtweisen einbringen, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Die Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Belange in Ansätzen des ökosozialen Wirtschaftens (Biesecker & Kesting, 2003) und der nachhaltigen Entwicklung impliziert z.B. weit reichende soziale Innovationen. Sie widerspricht den etablierten Orientierungen und Praktiken, z.B. der Externalisierung sozialer und ökologischer Effekte des Wirtschaftens. Soziale Innovationen bewirken also neue Lösungen einzelner sozialer Praktiken aber auch institutioneller Arrangements und gesellschaftlicher Paradigmen.

Ein wesentlicher Aspekt sozialer Innovationen besteht in der Tatsache, dass sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen und als Verbesserungen gegenüber dem Bisherigen verstanden werden. Sie können auf der gesellschaftlichen Mikroebene (z.B. veränderte Familienformen), der Mesoebene (z.B. neue institutionelle Arrangements) oder der Makroebene (z.B. bedingungslose Grundsicherung) angesiedelt sein und beziehen sich auf Strukturen (z.B. flachere Hierarchien), Prozesse (z.B. partizipative Planung) und Akteure (z.B. Querdenker) die Innovationen anstoßen und realisieren.

Sie finden vor allem da Verbreitung, wo gesellschaftliche Praktiken als unbefriedigend oder unzureichend wahrgenommen werden, oder wo

1 Das kreative und initiative Potenzial der Akteure sozialer Innovationen.

konkrete Bedarfe nicht befriedigt werden. Soziale Innovationen waren und sind oft Antworten auf politisch, administrativ oder ökonomisch unzureichende oder als schlecht empfundene Lösungen. Die wachsende Kritik an der Externalisierung sozialer und ökologischer Effekte im Wirtschaftssystem erklärt z.B. das sprunghafte Ansteigen ökosozialer Ökonomien und das wachsende Interesse an alternativen Wirtschaftskonzepten, die den sozialen und ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen. Beliebige Unternehmensgründungen oder andere soziale Erfindungen die keinen positiven gesellschaftlichen Impact haben, sind also nicht als soziale Innovation zu bezeichnen und ihre Akteure sind keine Entrepreneur:innen im Sinne Schumpeters.

Auf die Frage, wo das Neue zu finden ist, lassen sich Antworten bei zwei modernen Klassikern der Gesellschaftstheorie finden, bei Ulrich Beck und bei Jürgen Habermas. Bei der Frage, wie das Neue in die Gesellschaft kommt, möchte ich mich auf folgende Ansätze begrenzen: auf die innovativen Potentiale des *Dritten Sektors*, auf Community Development als Ansatz der systematischen Erschließung lokaler Potenziale und auf Gemeinwesenökonomie als integrierte Form des Wirtschaftens.

2. Das Ende der Zukunft wie wir sie uns vorgestellt haben

Das Neue bezieht sich heute auf Ideen, institutionelle Arrangements und Technologien, die Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, auf Klimawandel, das Ende der fossilen Energie, wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, technologieinduzierte Risiken oder die Erfordernisse der veränderten demographischen Lage geben. Sie sind vielfach Gegenentwürfe zu vielversprechenden sozialen Innovationen der industriellen Moderne, die im Glauben an technische Machbarkeit und grenzenloses Wachstum realisiert wurden, so z.B. Atomenergie, unkontrollierbare Großeinheiten, individuelle Mobilität, beitragsfinanzierte Sozialversicherungen etc., die sich nicht als Lösungen sondern als Probleme herausgestellt haben.

Das zugrunde liegende Entwicklungsmodell war und ist abhängig von ständigem Wirtschaftswachstum, was sich in einer Welt begrenzter Ressourcen und Aufnahmemöglichkeiten als unmöglich erweist zumal die Entwicklungs- und Transformationsländer heute dem Weg folgen, den wir ihnen gewiesen haben. Nicht nur die notwendigen Ressourcen werden knapp und die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre (carrying capacity) sind bereits heute überschritten,² sondern das gesamte Wirtschafts- und Zivilisationsmodell steht in Frage. Fest steht, dass nahezu alle Säulen der industriellen Moderne, insbesondere Wirtschaftswachstum als Versprechen des stetig wachsenden Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und gesellschaftlichen Entwicklung, massiv ins Wanken geraten oder bereits eingebrochen sind. Der Horizont des 21. Jahrhunderts ist bestimmt von der Revision der zentralen Vorstellung der industriellen Moderne, der des grenzenlosen Wachstums vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und Aufnahmekapazitäten des Globus. Soziale Innovationen heute müssen den Grenzen des Wachstums Rechnung tragen. Dies bedeutet Wachstumsrücknahme, einen effektiveren und geringeren Ressourcenverbrauch, die Wiederverwendung materieller Ressourcen (re-use), die Rückbesinnung auf kleinere Maßstäbe³ in Bezug auf organisatorische Einheiten, Re-Lokalisierung und die Adaption sozialer und ökologischer Effekte wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen.

Das Unbehagen an den immer deutlicher werdenden Begleiterscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist nicht neu. William Nordhaus und John Cobb entwickelten bereits Anfang der 1970er Jahre den alternativen Index »Measure of Economic Welfare« (MEW) der von John Cobb und Herman E. Daly Ende der 1980 Jahre zum »Index of Sustainable Economic Welfare« (ISEW) weiter entwickelt wurde. Neben der

2 Die Methode des „ecological footprint“ ermöglicht eine leicht nachvollziehbare Darstellung der ökologischen Grenzen des westlichen Entwicklungsmodells. Bereits im Jahr 2007 waren 1,5 Planeten erforderlich, um die ökologischen Belastungen aufzunehmen.

3 Der österreichische Träger des alternativen Nobelpreises Leopold Kohr (1909 – 1994), Nationalökonom und Staatswissenschaftler beschäftigte sich mit dem krankhaften Größenwachstum der industriellen Moderne und vertrat die Idee der Rückkehr zum menschlichen Maß, die er auch in verschiedenen Konzepten und Verfassungen umsetzte.

Einkommensverteilung und der Berücksichtigung der unbezahlten Hausarbeit, bringt der Index die sozialen und ökologischen Kosten und die Verschlechterung der Lebens- und Umweltqualität in Abzug.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Verbreitung des Capability-Ansatzes nach Amartya Sen (2000) und Martha Nussbaum (1999) als Gegenentwurf zur neoliberalen Globalisierung als eine der größten sozialen Innovationen zu bezeichnen. Es geht um die materiellen, politischen, kulturellen und sozialen Voraussetzungen fundamentaler Verwirklichungschancen von Menschen und damit um einen Entwurf dessen, was ein gutes Leben ausmacht. Der Capability-Approach verdeutlicht auch den Zusammenhang der ökonomischen, politischen und sozial-kulturellen Dimensionen für eine nachhaltige Entwicklung. Er bestimmt heute weltweit Diskurse in Politik und Wissenschaft und ist Grundlage des 1990 im Auftrag der Vereinten Nationen entwickelten Wohlstandsindikators Human Development Index (HDI), der u.a. den Zugang zu Bildung und Lebensressourcen im Ländervergleich abbildet.

Die französische Regierung beauftragte 2008 eine Kommission unter Leitung von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean Paul Fitoussi (2009) zur Messung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt. Die zentrale Frage der gerechten Verteilung als Schlüssel nachhaltiger Entwicklung bedeutet zwar einen deutlichen Paradigmenwechsel, kommt aber in der politischen Praxis unter den bestehenden Kräfteverhältnissen kaum an. Dennoch: Die aktuellen Ansätze zur Neudefinition gesellschaftlicher Wohlfahrt fallen zeitlich mit den immer deutlicher werdenden systemimmanenten Krisen zusammen. Die beiden zentralen Aspekte des Marktversagens, Naturmissachtung und soziale Gleichgültigkeit, stärken die gesellschaftlichen Strömungen, die alternative Vorstellungen von Wohlfahrt und einem guten Leben vertreten.

Begriffe wie postmoderne und postindustrielle Gesellschaft haben nur einen vagen Erklärungswert hinsichtlich dessen, was nicht mehr sein wird, nicht aber, was als Neues an seine Stelle treten wird. Deutlicher ist der Begriff, der sich derzeit aus der kritischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft aber auch aus vielfältigen praktischen Gegenentwürfen zur industriellen Moderne in

den öffentlichen Diskurs bewegt, der Begriff „Postwachstumsgesellschaft“ (Seidl & Zahrnt, 2010) der auf objektive Grenzen verweist.

Damit ist eine Perspektive der Endlichkeit in den linearen Fortschritt eingezogen, die dem modernen Denken fremd, geradezu ungeheuerlich ist. Nicht nur die Rohstoffe sind endlich, mit ihnen könnten die großen Errungenschaften der westlichen Moderne zur Neige gehen, als da sind: Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft und Demokratie. (Leggewie & Welzer, 2009, S. 10)

Der Klimawandel ist ein Ausblick auf künftige Lebensverhältnisse und erfordert einen Kulturwandel.

Die Einleitung einer erneuten *großen Transformation* mit ökosozialen Vorzeichen ist das dringende Gebot des 21. Jahrhunderts. Wenn wir von gesellschaftlicher Transformation sprechen, dann verstehen wir darunter einen umfassenden Prozess sozialer Innovationen gesellschaftlicher Paradigmen, Institutionen und Praktiken. Ökosoziale Transformation meint eine Umkehrung dessen, was Karl Polanyi 1944 in seinem wirtschaftshistorischen Werk *The great Transformation* (1995[1944]) als Charakteristikum der kapitalistischen Moderne beschrieben hat, die Entbettung des wirtschaftlichen Systems aus seinen gesellschaftlichen und natürlichen Einbindungen und die sukzessive Umkehr in Form der Herausbildung eines Wirtschaftssystems welches Natur und Gesellschaft vollständig seiner Verwertungslogik unterwirft. Auch wenn das Wirtschaftssystem als mächtigste gesellschaftliche Kraft im Zentrum der Transformation steht, so erfordert die Gestaltung der Zukunft Transformationen in allen gesellschaftlichen Bereichen, im Umgang mit materiellen und nichtmateriellen Ressourcen, in der eigenen Lebensführung, in Kultur, Politik und Wissenschaft.

3. Reflexive Modernisierung als Roadmap sozialer Innovation

In seinem 1993 erschienen Buch *Die Erfindung des Politischen* beschreibt Ulrich Beck das Konzept der reflexiven Modernisierung, das von der Wahrnehmung der Modernisierungsrisiken ausgeht welche als Kontrastfolien zur Konstruktion von Gegenentwürfen dient. Dieses Konzept verabschiedet sich von einer Vorstellung der Modernisierung als Prozess immer weiterer funktionaler Differenzierung und immer weiterer Spezialisierung, die Zusammenhänge und Handlungsfolgen ausblendet. Sie denkt Modernisierung vernetzt und als eine „Spezialisierung auf den Zusammenhang“ (Beck, 1993, S. 189). Komplexe Geschehnisse auch in entfernten Weltregionen, z.B. atomarer Fallout, wirken sich unmittelbar auf das Leben des Einzelnen aus und das Verhalten des Einzelnen, z.B. Konsum, wird zur Frage der politischen Verantwortung.

Die Politik der reflexiven Moderne ist nach Beck Lebenspolitik. Sie erfordert kooperative Wissensproduktion und die Herstellung von Öffentlichkeit, eine Entmonopolisierung von *Sachverstand* sowie die Öffnung von Diskursen, Institutionen und Entscheidungen für gesellschaftliche Relevanzmaßstäbe und für nichtwissenschaftliche und nichtstaatliche Akteure. Damit begründet Beck einen Wandel in Politik und Wissenschaft der Weltrisikogesellschaft. Im Zentrum dieses Wandels stehen die Demokratisierung von Wissenschaft und Politik, eine Pluralisierung und Lokalisierung der Ökonomie, neue institutionelle Arrangements, die Förderung der Selbstorganisation und die Öffnung der Systeme für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Die Integration verschiedener gesellschaftliche Ziele und die Perspektive der Handlungsfolgen, Ursachen und Wirkungen vor dem Hintergrund der realen Gefahren technologischer Möglichkeiten, und damit verbunden, die Rücknahme funktionaler Differenzierungen sowie eine *Spezialisierung auf den Zusammenhang*, sind Alternativen zu den Spezialisierungs- und Trennungslogiken der industriellen Moderne. Dies bedeutet z.B. dass die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten im wirtschaftlichen Bereich unzulässig ist.

4. Lebenswelt als Frischzellenpool für die Soziale Innovation

Die von Jürgen Habermas konzipierte *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981) ist der zweite Wegweiser für die Suche nach Ansätzen umfassender sozialer Innovationen im oben dargestellten Sinne. Habermas stellt die Logiken, Strukturen und Handlungsmuster der gesellschaftlichen Systeme Politik und Markt, denen der kommunikativ strukturierten Lebenswelt gegenüber. Eine neue Gewaltenteilung zwischen den Systemen und der Lebenswelt sei erforderlich. „Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerung befriedigen können: Geld, Macht und Solidarität. (...) die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müsste sich gegen die ‚Gewalten‘ der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten können“ (1985, S. 158). Er betont, dass auch die Systeme Markt und Politik aus der Quelle der kommunikativ strukturierten Lebenswelt schöpfen müssten, um sich zu erneuern. Es bedürfe dafür allgemeiner Bedingungen für eine kommunikative Alltagspraxis diskursiver Willensbildung, welche die Beteiligten in die Lage versetzen könnte, Möglichkeiten aus eigener Initiative zu verwirklichen.

Während das System Markt durch die Logik des Kapitals, der Konkurrenz und Interessendurchsetzung und das der Politik durch Macht und Gesetz gesteuert ist, steuern sich Lebenswelten durch Verständigung und Solidarität. Der Verständigungsprozess im Sinne des Konzeptes kommunikativen Handelns nach Habermas ist reflexiv verbunden mit individuellen oder sozialen Rationalitätskriterien, die im diskursiven Prozess vermittelt werden. Sie sind reversibel und offen für sich verändernde Bedingungen. Die selbstreferenziellen Systeme Staat und Markt neigen zu Vereinseitigungen sowie dazu, die Lebenswelten zu vereinnahmen (zu kolonialisieren) und deren eigenständige Lösungspotenziale zu behindern und zu überformen. Dysfunktionale Verrechtlichung und Bürokratisierung sind die eine, warenförmige Aneignung, Kommerzialisierung und marktförmige Organisation der verschiedenen

gesellschaftlichen Bereiche sind Folgen dieses von Habermas beschriebenen Prozesses der Kolonialisierung.

Soziale Innovationen sind weder aus der Logik des ökonomischen Systems – der Sorge um die Verwertungsbedingungen des Kapitals und der Ausweitung des Akkumulationsprozesses – noch aus den administrativ-rechtlichen Sichtweisen des politisch-administrativen Systems zu erwarten. Es bedarf der Eindämmung der Kolonialisierung der Lebenswelt und der Stärkung der Eigendynamiken lebensnaher Lösungen und Akteure sowie der Durchbrechung der Logiken und Praktiken der beiden Systeme durch basisnahe Lösungsansätze aus der unteren gesellschaftlichen Arena, der Lebenswelt, deren Rationalitätskriterien sich am wenigsten von den Lebensinteressen entfernt haben (Habermas, 1985, S. 156–158).

Habermas verdeutlicht dies am Beispiel des Sozialstaates. Er betont dabei, dass der entwickelte Kapitalismus nicht ohne Sozialstaat leben kann. Seine Kritik gilt der bürokratischen und rechtlich-administrativen Umsetzung staatlicher Sozialpolitik, die Lebenswelten zergliedert, betreut und kontrolliert (S. 151). Das Ziel des Sozialstaats sei:

(...) die Stiftung von egalitär strukturierten Lebensformen, die zugleich Spielräume für individuelle Selbstverwirklichung und Spontaneität freisetzen sollten. Aber offensichtlich kann dieses Ziel nicht auf dem direkten Wege einer rechtlich-administrativen Umsetzung politischer Programme erreicht werden. Mit der Hervorbringung von Lebensformen ist das Medium Macht überfordert. (S. 151–158)

Habermas Feststellung ist auch ein Plädoyer für eine gestaltende Sozialpolitik (Böhnisch & Schröer, 2002, S. 181-187). Diese müsste die ökosozialen Entwicklungserfordernisse einerseits und die Förderung der grundlegenden Fähigkeiten (Capabilities) und Tätigkeiten von Menschen andererseits zum Ausgangspunkt nehmen. Die Erschließung von Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung ihrer Lebensorte insbesondere durch die Menschen, die am stärksten darauf angewiesen sind, ist eine vorrangige Aufgabe gestaltender Sozialpolitik. Sie beruht auf gelebter Subsidiarität in

Form sozialer Selbstorganisationsprozesse und der demokratischen Organisation sozialer Belange in überschaubaren Einheiten, in denen die Bedürfnisse, Sichtweisen und Kompetenzen der Beteiligten unmittelbar berücksichtigt werden. Die gesamte Struktur des Gemeinwesens müsste auf diese Eckpunkte hin entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung ist die Stärkung der Organisations- und Bewältigungsfähigkeiten von Menschen und die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für ökosoziale Aktivitäten. Dies beinhaltet auch die existenzielle Absicherung z.B. in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Bündelung der Kräfte zu gemeinsamem produktiven Handeln bringt Gemeinwesen neu hervor. Gestaltender Sozialpolitik käme die Aufgabe zu, Optionen zu erschließen und insbesondere mit benachteiligten und verwundbaren Gruppierungen sozialproduktiv zu nutzen. Soziale Experimente sind angesichts einer höchst unsicheren Zukunft Labore für die Erprobung von Politiken der Möglichkeiten (Elsen, 2007, S. 52–56).

5. Das Potenzial des Weder-Noch und Sowohl-als-Auch

Die Ansätze von Beck und Habermas zielen wie viele andere auf eine neue Begründung von Partizipation und Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche. Es wäre notwendig, neue demokratischer Leitbilder und Konzepte für gesellschaftliche Entwicklung sowie ihre jeweiligen Gesellschafts- und Menschenbilder zu diskutieren, was an dieser Stelle nicht möglich ist. Als zentral erscheint mir jedoch der Diskurs um eine zivilgesellschaftliche Öffnung als countervailing power (Fung & Wright, 2003) gegenüber den machtvollen Systemen Staat und des Markt. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen in der Lage sein, ihre Interessen in Forderungen zu artikulieren oder Fehlentscheidungen zu verhindern. Dies aber erfordert ihre politische Organisations- und Artikulationsfähigkeit und verweist auf den erforderlichen Machtausgleich durch Bildungs- und Ermöglichungsprozesse z.B. im Rahmen des Community Development und des Community Education.

Die Diskussion um eine neue Balance zwischen den dominanten gesellschaftlichen Kräften (Perlas, 2000) und der Zivilgesellschaft (Trisektoralisierung), welche die Systeme Staat und Markt demokratisch kontrolliert, ergänzt und eigenständige, Lösungen *von unten* generiert findet sich auch in den Theorien des „Dritten Sektors“ (Zimmer & Priller, 2005). Es handelt sich dabei eigentlich nicht um einen abgeschlossenen Sektor, sondern um eine Handlungslogik. Die Handlungslogik dieses hybriden Bereiches ist nicht eindeutig, sondern vielfältig und das ist ihr transformatives Potential. Er ist nicht gebunden an Hierarchie und Macht, die den staatlichen Sektor dominieren oder an Wettbewerb und Kapitalakkumulation, die den Markt prägen. Im gesellschaftlichen Bereich zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft entstehen – oft als Antworten auf Staats oder Marktversagen – assoziative Prozesse und Strukturen, die aus den Bedürfnissen und dem Alltagshandeln der Bürgerinnen und Bürger resultieren. In die Steuerungslogik fließen Gestaltungswillen, Eigensinn und Verantwortung ein. Sie tangieren die Systeme Staat und Markt, wie z.B. im Bereich der informellen Ökonomien oder der Bürgerinitiativen, und wirken dort korrigierend, ergänzend und erneuernd.

Beispiele für das innovative Potenzial der multifunktionalen Zwischenwelt sind die unten dargestellten Gemeinwesenökonomien. Sie entstehen im informellen Bereich jenseits der Logik des Marktes, befriedigen konkrete Bedarfe der Lebenswelt, beruhen auf Selbstorganisation und nutzen ökonomische Mittel zur Lösung sozialer Probleme. Es sind hybride Gebilde, deren innovatives Potential auf der Mischung verschiedener Logiken basiert. Sie vertreten eine Logik des *sowohl-als-auch*, nicht des *entweder-oder*. Sie verfolgen ökonomische, soziale und ökologische Interessen, agieren im ökonomischen Sektor, sind in der Zivilgesellschaft verankert und tangieren oft umwelt-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen. Sie durchdringen also auch die Systeme Markt und Staat und bewirken eine Entdifferenzierung.

Einseitige Spezialisierung und die Ferne zu lebensweltlichen Bezügen weicht einer erweiterten Perspektive, die neue Handlungsoptionen erzeugt (Elsen,

2007, S. 44 ff.) und gleitende Übergänge z.B. vom informellen in den formellen Sektor ermöglicht. Auch die Mischung der diversen Tätigkeitsformen, Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit sowie die damit verbundenen Rollen, hat innovative Wirkung, denn sie führt zu einer Pluralisierung von Sichtweisen. Flache oder mangelnde Hierarchien bis hin zum genossenschaftlichen Demokratieprinzip (one person, one vote) sowie die Aufhebung von Rollentrennungen z.B. zwischen arbeitgebender und arbeitnehmender Seite erfordern und ermöglichen eine weitere Perspektive. Die strukturellen Möglichkeiten der Zwischenwelt verweisen auf einen gesellschaftspolitischen Entwicklungsbedarf denn gerade da, wo innovative Lösungen erforderlich sind, z.B. im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich, müssen Voraussetzungen in Form von Ermöglichungsstrukturen und Lernkontexten gegeben sein, die soziale Experimente und sozialproduktive Alternativen fördern.

Die Diskussion um den so genannten *Dritten Sektor* in Deutschland muss differenzierter geführt werden (Ausführlich in: Elsen, 2007). Dieser Bereich ist in Deutschland sehr stark etatistisch und staatlich-korporativ geprägt¹ und in seinen hierarchischen und gleichzeitig marktförmigen Strukturen verhindert er eher innovatives Potenzial, eine Tatsache, die aufgrund der Lobby der dominanten nutznießenden Wohlfahrtskonzerne zu wenig thematisiert wird. Die Ursprünge dieser Strukturen, die sich z.T. noch in ihren Leitbildern finden, verweisen auf eine Geschichte als countervailing power, die jedoch im Zuge der Entfaltung der Eigeninteressen der Organisation und in ihrer Abhängigkeiten von Staat und Markt verloren gingen. Die Interessendurchsetzung in diesen Formen des staatlich dominierten (Neo) Korporatismus erfolgt durch die Abhängigkeit von Mittelzuweisungen und die Partizipation der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen ist nicht offen. Ich behaupte, dass diese weitgehend staatsfinanzierten Strukturen in Deutschland grundlegenden Bürgerrechten auf Zugang zu bestimmten Leistungen insbesondere im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich widersprechen.

¹ Dazu gehören u.a. die Konzerne Caritas (größter deutscher Arbeitgeber) und Diakonie

6. Re-Lokalisierung

Lokalisierung und neue Subsidiarität sind Leitlinien nachhaltiger Entwicklung da sie integrative Handlungsansätze, Handlungsfolgenabschätzung und Ressourceneffizienz sowie lokal-regionale Wertschöpfung ermöglichen. Community Development ist eine weltweit verbreitete Strategie der aktiven Entwicklung lokaler und regionaler Gemeinwesen auf der Basis demokratischer Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit (Ife, 1995). Die Stärkung der lokal-regionalen Ebene die Lebensnähe ermöglicht, ist jedoch heute zwingend in einem Modell der politischen Steuerung und Verteilung auf mehreren Niveaus, bis hin zur globalen Ebene zu denken. In einer Welt der Entgrenzung können ökologische, soziale und politische Interessen sowie der Ausgleich sozialer Ungleichheiten nicht auf nationale, regionale oder lokale Ebenen begrenzt werden. Insofern sind Ansätze des Community Development, die angesichts der kumulierenden Krise an Bedeutung gewinnen dann mit Skepsis zu betrachten, wenn sie als Ausfallbürge für staatliche Steuerung und Umverteilung instrumentalisiert werden und wenn nicht auch die nötige Zuweisung von Kompetenzen und Mitteln an die untere Ebene erfolgt, auf der sich die gesellschaftlichen Probleme in Form von Armut, Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung und ökologischer Zerstörung niederschlagen.

Integrierte Ansätze lokaler Sozialpolitik verknüpfen z.B. das Recht auf soziale Sicherung und die Option der sozialproduktiven Teilhabe. Beispiele sind Seniorengenossenschaften, die in Verbindung mit Zeitbanken neue Solidar- und Reziprozitätsformen schaffen und bürgerschaftliches Engagement in eigener und gemeinsamer Sache produktiv machen oder die Gemeinwesen basierte Bewirtschaftung von Gemeingütern in Form einer Gemeindegensenschaft, die aktive Teilhabemöglichkeiten erschließt und gleichzeitig ein drängendes Gegenwarts- und Zukunftsproblem löst. Ein Beispiel aus der Umweltpolitik, verbunden mit sozialen und demokratisierenden Effekten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich sind Energiegenossenschaften, die in kooperativer Selbstorga-

nisation Kontrolle über die Einspeisung, die Preise und die Gewinnverwendung im Energiebereich gewährleisten.

Aktivitäten auf der Ebene lokaler Gemeinwesen können nationale und globale Dynamiken nicht außer Kraft setzen (Herzberg, 2009), doch sind sie in ihrer Bedeutung auch in Bezug auf Prozesse der ökosozialen Transformation mit größerer als nur lokaler Reichweite nicht zu unterschätzen. Lokale und regionale Lebensräume ermöglichen die umfassende Gestaltung in all den Wirkungsbereichen, die örtlich verankert sind. Der Raumbezug hebt die Trennung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Sphären potenziell auf und ermöglicht integrierte Handlungsansätze sowie Lernen als Spezialisierung auf den Zusammenhang. Lokales Agieren, z.B. in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Verteidigung von Naturressourcen und Handlungsoptionen kann globale Reichweite² erzielen. Die Perspektive über die lokale Operationsebene hinaus ist im Konzept Nachhaltigkeit angelegt. Lokale Entwicklung fördert auch die Herausbildung neuartiger lokal-globaler Institutionen in der Weltgesellschaft sowie Transformationsprozesse innerhalb und zwischen Institutionen und gesellschaftlicher Umwelt (Wobbe, 2000).

7. Prekarität, Arbeitslosigkeit, Arbeit

Die Wachstumswende kann erst dann zur Handlungsmaxime werden, wenn sie mit möglichen alternativen und erstrebenswerten Perspektiven verbunden werden kann. Eine Schlüsselfunktion für die Rückbettung der Ökonomie in die Gesellschaft kommt der Gestaltung der Arbeitswelt im lokal-regionalen Kontext zu. Es geht einerseits um neue Formen der Erschließung von Erwerbsarbeit und die Förderung lokaler Wertschöpfung durch die Verbindung von lokaler Produktion und lokalem Konsum, die

2 Der Kampf gegen die Patentierung des Saatgutes und zur Erhaltung des »Landwirteprivilegs« verbindet Bauern weltweit. Bemerkenswert ist z.B. die Einladung von Vandana Shiva in das Bayerische Rosenheim, wo sie 2008 auf Einladung der CSU vor bäuerlicher Bevölkerung und Traditionsvereinen zu diesem Thema sprach.

systematische Verknüpfung von Bedürfnissen und Potenzialen³, lokal-regionale Netzwerke oder Primär- und Sekundärgenossenschaften zur Sicherung und Bewirtschaftung von Gemeingütern. Auf der anderen Seite steht die Pluralisierung und Sichtbarmachung einer Vielfalt sozialökonomischer Tätigkeiten im Zentrum der ökosozialen Transformation.

Der Postwachstumsökonom Niko Paech entwirft folgende Vorstellungen der Entwicklung von Arbeit, Wirtschaft und Gemeinwesen: In der Postwachstumsökonomie wäre der Industrieoutput höchstens halb so groß, ergänzt um eine Regionalökonomie. Letztere ließe sich durch Komplementärwährungen stabilisieren. So verbliebe Kaufkraft in der Region und Finanzspekulationen verlören an Boden. Genossenschaften wären die dominante Unternehmensform, weil sie über eine demokratischere Steuerung Kapitalverwertungszwänge dämpfen könnten. Produkte wären reparaturfreundlich und langlebig. Dienstleister würden den vorhandenen Bestand an Gütern erhalten, pflegen, optimieren oder umbauen. Aus Konsumenten würden moderne Selbstversorger. Sie arbeiteten infolge des ca. 50-prozentigen Industrierückbaus noch durchschnittlich 20 Stunden und nutzten die freigestellte Zeit, um handwerkliche und soziale Kompetenzen aufzufrischen. Gemeinschaftsgärten, offene Werkstätten, Reparatur-Cafés, künstlerische Aktivitäten, die gemeinschaftliche Nutzung von Gegenständen, Netzwerke der gegenseitigen Hilfe bei selbsttätigen Reparaturleistungen würden dazu beitragen, ein modernes Leben mit weniger Geld und Produktion zu ermöglichen. Eine Postwachstumsökonomie wäre von Sesshaftigkeit und materieller Genügsamkeit geprägt.⁴

Paech entfaltet das, was André Gorz seit Mitte der 1990er Jahre als Alternative zur Fixierung auf Erwerbsarbeit als einziger Möglichkeit der Existenzsicherung und Sinngebung diskutiert hat: eine multiaktive Tätigkeitsgesellschaft, in der neben Erwerbsarbeit das Ganze der gesellschaftlich

3 Zum Beispiel im Bereich der Nahraumversorgung, haushaltsbezogener Dienstleistungen, der Direktvermarktung etc.

4 Niko Paech im Rahmen des Nachhaltigkeitssummits „Think more about“ im Mai 2013 in Brixen, Südtirol.

sinnvollen und notwendigen Arbeit, also Eigenarbeit, Familienarbeit, Subsistenzarbeit, Bürgerschaftliches Engagement etc. zur Entfaltung kommt (siehe auch: Gorz, 2000).

8. Gemeinwesenökonomie

Im Zentrum der ökosozialen Transformationserfordernisse steht die Rückbettung wirtschaftlicher Handlungsvollzüge in den gesellschaftlichen Zusammenhang. Dies wirft die Frage nach der Logik sozial eingebundenen Wirtschaftens auf. Aus dieser Perspektive ist Wirtschaften von den Bedürfnissen der Menschen, des Gemeinwesens und den Erfordernissen der Biosphäre aus zu denken. Die Eigenproduktivität der Natur findet dabei Beachtung und die Biosphäre wird nicht nur als Lebensgrundlage der Menschen betrachtet.

Gemeinwesenökonomien sind lokale Lösungen, die sich im Bereich zwischen Staat, Markt und Lebenswelt in hybriden Formen herausbilden. Die (Re-) Produktion und Bewirtschaftung des Gemeinwesens ist Kontext, Ziel und Grundlage ihrer vielfältigen Formen die Subsistenzwirtschaft, Familienökonomien, Tauschwirtschaft, Gemeinschaftsnutzung, Kooperativen, sozialökonomische Netzwerke und eingebundene Marktunternehmen umfasst.

Bedeutend für Ansätze der Gemeinwesenökonomie ist die Aufhebung der destruktiven Trennungslogiken des Kapitalismus, der Zusammenhänge negiert, nämlich der Trennung individueller und kollektiver Belange, der Trennung des Wirtschaftssystems aus seiner Einbettung in Gesellschaft und Biosphäre, der trennenden Externalisierung ökologischer und sozialer Lasten, der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Lasten sowie der Separierung sozialer Belange in einem ausgesonderten Bereich, der keine Verbindung zu sozialproduktivem Handeln ermöglicht und dabei die Anspruchsberechtigten im Verteilungssystem diskriminiert. Auch die Trennung lebensweltlicher Belange und Verhaltensweisen von so genannten

wirtschaftlichen Sachzwängen, bis hin zu Haltungen und Verhalten der Akteure ist Teil des destruktiven Systems.

Der Begriff Gemeinwesen impliziert das *gemeine Eigene* und das Gemeinwohl, also die materiellen und nicht materiellen Grundlagen und Voraussetzungen des Lebens und Zusammenlebens in einem Territorium sowie einen pluralen Eigentumsbegriff und demokratische Formen der Steuerung. Wirtschaften in diesem Sinne ist ein zentraler Aspekt des sozialen Austauschs, der Arbeitsteilung und des Zusammenlebens. Der Begriff *Gemeinwesen* impliziert damit auch einen Gegenentwurf zum Menschen- und Gesellschaftsbild der orthodoxen Marktwirtschaft, ihren Rationalitätskriterien und Koordinationsprinzipien (Elsen, 2007, S. 57–58) aber ebenso zu einem Staatsverständnis, welches sich auf Wettbewerbs- und Wachstumsförderung sowie Kontrolle und Verwaltung der Bürgerbelange beschränkt. Es geht immer auch um die kollektive Produktion von Wissen, die Reduzierung von Abhängigkeiten und die Aneignung und Schaffung von Voraussetzungen für menschliches und soziales Gedeihen (Wright, 2010, S. 11). Dieser Prozess ist von eminenter politischer Bedeutung. Er ist verbunden mit der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und einer neuen Gewichtung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.

Im Folgenden stelle ich Ansätze der Gemeinwesenökonomie in den Kontext der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und reflektiere ihr sozial innovatives Potenzial für eine eigenständige lokal-regionale Entwicklung.

1. Genossenschaften als Vorreiter einer reflexiven Moderne
2. Ansätze neuer Subsistenz zur Wiederaneignung sozialer Produktivität
3. Partizipative Aktionsforschung und Community Development

9. Genossenschaften als Vorreiter einer reflexiven Moderne

Die Gründung von Genossenschaften vollzog sich stets verstärkt als Reaktion auf die Wahrnehmung von Wirtschaftskrisen (Schwendter, 1986). Betrachtet man die Bereiche, in denen sich die aktuellen Gründungen vollziehen, zeigt sich jedoch eine neue Dimension der Kumulation neuer gesellschaftlicher Unsicherheiten und Bedrohungen sowie eines hohen Transformationsdrucks. Es geht um Zugang zu Krediten für kleine Unternehmen unter den Bedingungen der Finanzkrise, um Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten unter Bedingungen des sozialstaatlichen Abbaus, um Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbesondere Lebensgütern (z.B. Wasser) unter Bedingungen der Privatisierung sowie um eine gesicherte Versorgung der lokalen Bevölkerung in weitgehender Eigenständigkeit und unabhängig von den Unsicherheiten des Weltmarktes (Campbell, Gullede, McNeill et al., 2007). Einen starken Impuls erfährt die neue Welle der genossenschaftlichen Selbstorganisation durch das wachsende Bewusstsein der Zivilgesellschaft für die überlebensnotwendige ökosoziale Transformation zur Bewältigung des Klimawandels und der bevorstehenden Knappheit an lebenswichtigen Ressourcen (Dobkowski & Wallimann, 2002 & 2004).

Genossenschaften sind nicht von Kapital- und Wachstumsinteressen dominiert. Ihr ökonomisches Potential liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften, der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Wertschöpfung und Wertverteilung folgen der Zweckbestimmung die von den Mitgliedern definiert wird und sie sind nicht dominiert von Investoreninteressen. Genossenschaften können auch demokratische Organisationsmodelle für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Belange im Rahmen lokaler und regional vernetzter Demokratien sein. Ihre aktuellen Neuentwicklungen sind nicht zu verstehen als Rückfall vor die Moderne, sondern als Vorgriff auf Wege in eine andere Moderne (vgl. Pankoke, 2000, S. 189 f.).

Hermann Schulze-Delitzsch (*1808) ist der Ideengeber für genossenschaftliche Gründungen im Kleingewerbe sowie der Kooperationen kleiner Unternehmen, die sich durch ihre Zusammenarbeit im Markt stärken und

über gegenseitige Unterstützungsleistungen stabilisieren. Diese Idee wurde in vielen Weltregionen umgesetzt und sie gewinnt ihre heutige Aktualität unter den Bedingungen des Wettbewerbs im Weltmarkt, der Marktkonzentration, der Finanz- und Kreditkrise sowie der Erfordernisse der Re-Lokalisierung wirtschaftlicher Schlüsselbereiche. Genossenschaftsgründungen im produzierenden Gewerbe können in Entwicklungs- und Transformationsländern den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren. Ein erfolgreiches Beispiel ist der schweizerische Kooperationsring WIR, der seit fast 100 Jahren erfolgreich agiert.

Die Idee Friedrich Wilhelm Raiffeisens (*1818) als Begründer von „Selbsthilfegenossenschaften“ mittelloser Menschen ist weltweit bekannt. Durch die Bündelung ihrer Kräfte als Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, erreichen arme Menschen gemeinsam Ziele, die sie alleine nicht erreichen könnten. Diesen Hintergrund haben Produktiv- und Konsumgenossenschaften überall auf der Welt. Die Idee gewinnt heute an Aktualität für indigene Gruppen, die ihre traditionelle Produktionsweise erhalten und gegen Fremdinteressen schützen wollen ebenso wie für Produzentinnen und Produzenten in der biologischen Landwirtschaft in Industrie- und Transformationsländern. Auch lokale Kleinkreditbanken und Sparvereine, realisieren heute weltweit die Ideen, die Raiffeisen vor mehr als 150 Jahren im Westerwald umsetzte.

Die *redlichen Pioniere von Rochdale* begründeten 1844 sozialreformerische Genossenschaftsverbände, die auf die Nöte und Bedürfnisse der Bewohner eines Gemeinwesens reagierten und in Formen wirtschaftlicher Kreisläufe gemeinwohlorientiert wirkten. Im Fall der Pioniere von Rochdale bildete eine Konsumgenossenschaft den Entwicklungskern für weitere Gründungen von Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften und die Einrichtung von Schulen, Sport- und Kulturorganisationen. Dieses Modell könnte Pate stehen für die Verwendung der Erlöse einer gemeinwohlorientierten Organisation der Commons in Form eines kooperativen Trusts. Einige der neuen

Bürgergenossenschaften im Energiebereich arbeiten nach diesem Muster der Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung. Sie erzeugen und vertreiben regenerative Energien, bestimmen den Preis und lassen den Gewinn den Nutzern und dem Gemeinwesen zu Gute kommen, indem sie einen »Sozial-Agio« abführen.

10. Aktuelle Gründungen und ihre Bedeutung für das Gemeinwesen

Genossenschaften erwiesen sich in der Geschichte und sie erweisen sich heute in vielen Weltregionen als Organisationsformen der ökosozialen Transformation und Entwicklung. Als soziale und ökonomische Gemeinschaftsformen entstehen sie nicht ohne Grund weltweit neu. Ihr besonderes Potential liegt in der Mischung von Kultur- und Strukturelementen verschiedener gesellschaftlicher Handlungslogiken und der Herausbildung sozial eingebundener und bedarfsspezifischer Lösungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Ihr Aktionsradius ist überwiegend lokal und regional, was sie für alle Ansätze nachhaltiger Entwicklung interessant macht. Aus diesem Grund sind sie gerade auch für die lokale und regionale Versorgung und die Bewirtschaftung von Gemeingütern geeignet.

10.1 Soziale Innovationen im Wohnbereich

Wohnungsgenossenschaften spielen für die Erhaltung und Entwicklung des Gemeinwesens eine zentrale Rolle und viele von ihnen bemühen sich, die sozialkulturelle Genossenschaftsidee wieder zu beleben. Gerade einkommensschwächere Haushalte sind auf bezahlbare Wohnungen und eine funktionierende Nachbarschaft angewiesen. Wohnungsgenossenschaften spielen in der sozialen Stadtentwicklung und im Stadtumbau, insbesondere angesichts der veränderten Demographie, eine wichtige Rolle.⁵ Als

5 Bemerkenswert z.B. die genossenschaftlichen Wohnbauten und ihre Infrastruktur in Wien.

Mitgliederbetriebe haben sie gute Möglichkeiten, auf veränderte Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu reagieren und diese aktiv einzubeziehen, was das folgende Beispiel des Beitrags zur Bewältigung der Erfordernisse der demographischen Veränderungen zeigt.

Die ökologische Gerontologie zeigt, dass die Qualität von Nachbarschaft, Wohnbereich und Nahraum für ältere Menschen an Bedeutung gewinnen und ihre sozialen Funktionen verändern. Durch eine Kombination von Anpassungen im Wohn- und Umfeldbereich, die Einrichtung wohnungsnaher Servicestützpunkte wohnortbezogener haushaltsnaher und personenbezogener Dienstleistungen sowie ehrenamtlichem Engagement ist dies möglich. In München wird dieses Modell unter dem Namen *Wohnen im Viertel* umgesetzt. Wohnungsgenossenschaften haben auch die Möglichkeit, Tochterstrukturen, z.B. Sozialgenossenschaften, für die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu gründen und gemeinsam mit den Mitgliedern zu betreiben. Ein gelungenes Beispiel ist der Verein *Generationenwohnen* der Münchener Wohnungsgenossenschaft West. Ein weiteres Beispiel ist die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg e.G. in Chemnitz, die auf der Basis von Potenzial- und Bedarfsanalysen, unter Beteiligung zahlreicher Akteursgruppen aufgebaut wurde. Die Organisation des Alltagslebens bietet u.a. Möglichkeiten zur Generierung neuer Tätigkeitsfelder. Als eigene Geschäftsfelder betreibt die Stadtteilgenossenschaft ein Bürger-Service-Zentrum mit Angeboten der Kommunikation, Information und Kooperation, sowie ein Zentrum für wohnungsnahe Dienstleistungen.

10.2 Genossenschaftliche Organisation von Gemeingütern

Zunehmend werden genossenschaftliche Multistakeholder Verbände als Organisationsformen zur Bewirtschaftung von Gemeingütern sowie der Möglichkeit lokal-regionaler Wertschöpfung erkannt. Genossenschaftsgründungen im Bereich der Daseinsvorsorge substituieren öffentliche Anbieter oder lösen, wie derzeit im Fall der Wasserversorgung, erst jüngst privatisierte Strukturen ab. Es handelt sich dann zwar um privatwirtschaftliche Leistungen, doch birgt diese Variante die Möglichkeit, eine rein kommerzielle Privatisierung durch demokratisch kontrollierte

Organisationsmodelle zu verhindern und den Zugang für alle zu sichern. Während kommerziell motivierte Privatisierungen immer mit einem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sind, kann angenommen werden, dass durch genossenschaftliche Lösungen Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten und neue geschaffen werden. Die genossenschaftliche Organisation ist neben der Beschäftigungswirksamkeit auch mit Steuerungsvorteilen verbunden. Die örtliche Einbindung und Kontrolle, die Verringerung opportunistischer Verhaltensweisen der Mitglieder sowie die Verhinderung dysfunktionaler Mittelabflüsse bergen erhebliche Potenziale einer effizienten Organisation.

Auch in diesem Bereich kommt Italien eine Vorreiterrolle zu. Als Antwort auf die Verschärfung der fiskalischen, ökonomischen und sozialen Problemstellungen, die sich insbesondere auf lokaler Ebene niederschlagen, wurde die Form der Gemeindegensossenschaft (*cooperative di comunità*) entwickelt. Zu vergleichen sind diese Multistakeholder-Genossenschaften mit den seit Ende der 1990er Jahre in Deutschland entstandenen Stadtteilgenossenschaften, die dort vor allem auf dem Engagement der Wohnungsgenossenschaften basieren. Die italienische *cooperative di comunità* versteht sich als unternehmerische Struktur welche sie Selbstorganisation der Bürger und die Selbsthilfe der Gemeinden mit dem Ziel ermöglicht, fundamentale Rechte der Bürger unter den krisenhaften Bedingungen zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, an Lösungen für das Gemeinwesen aktiv zu partizipieren (Legacoop, 2011). Dabei wird das gesamte Spektrum der Grundlagen des Gemeinwesens berücksichtigt: Nahraumversorgung, Schulen, sozio-sanitäre Dienste, ökologische Belange aber auch Beschäftigung und Qualifizierung insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

10.3 Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften

Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften ermöglichen bedarfsspezifische Lösungen die zudem kosteneffizient arbeiten, da keine Ressourcenabflüsse an Investoren oder Overheadkosten an Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie abgeführt werden. Auch im Fall öffentlicher Förderung ermöglichen Genossenschaften optimale Ressourcennutzung, Transparenz und die demokratische Mitsprache der NutzerInnen. Genossenschaftsgründungen im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienste reagieren auf neue soziale Bedürfnisse und Selbstvertretungsansprüche Betroffener. Ein weiterer Grund ist in der Tatsache zu sehen, dass insbesondere Frauen neue überfamiliäre Formen zur Organisation des traditionell familienbezogenen Careworks suchen.

Seit Erlass des Gesetzes zur Regelung von Sozialgenossenschaften 1991 (Istituto Italiano degli Studi Cooperativi *Luigi Luzzatti*, 1992, S. 18 f.) in Italien sind zahlreiche Kooperativen im Gesundheits- und Sozialbereich oder Produktivgenossenschaften mit beschäftigungsorientierten und ökologischen Zielsetzungen entstanden. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Industrie und Handel. Im Verwaltungsrat der Kooperative müssen 30 Prozent der Sitze von Angehörigen der betroffenen Zielgruppen besetzt sein.⁶ In den ersten zehn Jahren nach In-Kraft-Treten des Gesetzes Nr. 381/91 wurden ca. 6000 Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung gegründet, in denen rund 147.000 Personen hauptamtlich tätig waren (Centrostudi Legacoop, 2003). Diese demokratischen Organisationsformen sind auch aus der Perspektive der Emanzipation benachteiligter Menschen in der Kultur der *Independent-Living-Bewegung* von Interesse, da sie Alternativen gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung darstellen.

6 Als solche gelten Langzeitarbeitslose, Haftentlassene, Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen, Psychiatrieerfahrene etc.

10.4 Soziale Innovationen im Bereich der Landwirtschaft

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften sind in besonderer Weise geeignet, in ländlichen Strukturen sowie zwischen städtischen Gebieten und dem ländlichen Umfeld, die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Sie gewährleisten ökologisch nachhaltige Produktion, was nach zahlreichen Lebensmittelskandalen auf wachsendes Interesse stößt. In der Vermarktung landwirtschaftlich produzierter Nahrungsmittel kommen 70 bis 80 Prozent des Preises, den der Verbraucher zahlt, dem Einzel-, Zwischen- und Großhandel zugute. Die genossenschaftliche Organisation des Absatzes im regionalen Raum ermöglicht die Ausschaltung dieses Mittelabflusses, der insbesondere kleine Produzenten belastet. Direktvermarktung und lokale Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte gewinnen an Bedeutung. Die systematische Verknüpfung von Erzeugern, weiterverarbeitendem lokalen Handel und Verbrauchern kann eine wirksame Strategie zur Stärkung der lokalen und regionalen Ökonomie sein. Denkbar ist die Förderung durch regionale Komplementärwährungen oder das System der Community Supported Agriculture (CSA) (Elsen, 2007, S. 288–289; vgl. www.waldgaertner.de).

10.5 Soziale Innovationen zum selbstbestimmten Leben im Alter

Die Angst vor Armut, Einsamkeit und Fremdbestimmung im Alter und die Engagementbereitschaft von älteren Menschen stehen hinter den Gründungen von Seniorengenossenschaften (Elsen, 2003, S. 57–79). Das genossenschaftliche Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip gewährleisten Selbstkontrolle, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in Fragen, die tief in das persönliche Leben der Betroffenen reichen. Kern der Seniorengenossenschaft bilden generationsübergreifende Zeitbanken (Lietaer, 2002, S. 326). Zeit hat dabei die gleichen Funktionen wie Geld: sie ist Tauschmedium, Recheneinheit und Mittel der Wertaufbewahrung. Gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel hat sie jedoch Vorteile: Sie ist wertstabiler, denn Zeit gewinnt oder verliert nichts über eine längere Phase. Zins und Inflation können einem Zeitguthaben nicht schaden oder zusätzlich

nutzen. Alle Menschen verfügen über Zeit, auch und besonders diejenigen, die wenig Geld haben und ihr Arbeitsvermögen im monetarisierten Markt nicht einbringen können. Durch Zeit können auch Arbeiten für private und öffentliche Auftraggeber im Gemeinwesen erschlossen werden, für die kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt fördern die Möglichkeiten der Zeitwährungen die Bildung und Nutzung von Human- und Sozialkapital. Sie beruhen auf dem Vertrauen in Fähigkeiten, die jeder Mensch besitzt, die er selber weiterentwickelt und die andere nutzen können (Ausführlich: Elsen, 2007, S. 248 ff.).

Ein gelungenes Beispiel: Die Senioren-genossenschaft Riedlingen wurde im Mai 1991 gegründet. BürgerInnen unterstützen hilfebedürftige alte Menschen erheblich preiswerter als professionelle Anbieter der Pflege-wirtschaft. Die aktiven Mitglieder selber haben dadurch zahlreiche Vorteile. Sie arbeiten für die gemeinsame Idee: Altern in Würde und im vertrauten sozialen Umfeld. Sie liefern Essen aus, bereiten das Frühstück zu, bringen Hilfebedürftige zum Arzt oder in die Tagespflege. Die Genossenschaft vermittelt barrierefreie Wohnungen und bietet dort einen professionellen Pflegedienst an. Bei der Gründung waren es 20 Personen, die sich als aktive Helferinnen und Helfer betätigten. Heute hat die Genossenschaft 654 Mitglieder und 113 aktive Helferinnen und Helfer. Die Mitwirkenden haben die Wahl unterschiedlicher Honorierungsmöglichkeiten: Sie erhalten entweder einen Stundenlohn in Geld oder sie lassen sich die geleistete Zeit auf ihr Stundenkonto gutschreiben (Friemel, 2010, S. 123–127). Die Elemente: Nahraumversorgung, Bürgerschaftliches Engagement, monetäre Entlohnung und Zeitwährung in Kombination mit professionellen Diensten und baulich-räumlichen Anpassungen sind auch in urbanen Strukturen als Lösungsansätze kombinierbar.

Die Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft kann wie eine Frischzellenkur wirken. Ein Beispiel: Bevor Mario Tommasini, ehemaliger Sozialdezernent von Parma in einem Bergdorf der Emilia Romagna ein utopisch anmutendes Projekt zur Ansiedlung alter Menschen begann, lebten dort noch dreißig BewohnerInnen, überwiegend alte. Weil es

Arbeit nur in der Landwirtschaft gab schrumpfte Tiedoli bereits seit den 1930er Jahren. Das Dorf verfiel und viele Häuser standen Ende der 1990er Jahre leer (Deutsch, 2006). Tommasinis Engagement galt immer der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. So wie er sich erfolgreich für die Schließung der psychiatrischen Anstalten einsetzte, machte er sich für die Schließung von Altenheimen und die Entwicklung von lebenswerten Alternativen stark. Die Wahl des Ortes Tiedoli bot äußerst schwierige Voraussetzungen – sowohl baulich-räumlich als auch bezogen auf die verbliebene Restbevölkerung. Diese Wahl vollzog Tommasini bewusst um zu zeigen, dass auch unter schwierigen Bedingungen lebenswerte, intergenerative Lösungen möglich sind, wenn man dies will. Die leer stehenden Häuser wurden mit Unterstützung der Sparkassenstiftung altengerecht saniert. Die Sozialgenossenschaft *Aurora* mit über zwölfhundert haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, leistet die Betreuungsarbeit. Auch das Ziel, jüngere Menschen zur Rückkehr nach Tiedoli zu bewegen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, konnte erreicht werden.

10.6 Nahraumversorgung

Nahraumversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs ist Voraussetzung für die Erhaltung von Dorfstrukturen und trägt maßgeblich zur Lebensqualität bei. Genossenschaftliche Dorfläden gewährleisten die Versorgung älterer und nicht mobiler Personengruppen in ländlichen Räumen, ermöglichen Direktvermarktung und sind zudem Kommunikationspunkte im Ort. Sie sind keine Supermärkte, sondern Genossenschaften, die neben ihren wirtschaftlichen auch wichtige soziale Ziele verfolgen. Sie basieren auf einer Mischung bezahlter Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Sie dienen dem Gemeinwohl und in vielen peripheren Regionen Europas wird versucht, mit Hilfe öffentlicher Förderungen diese wertvolle Struktur des Dorflebens mit anderen wichtigen Funktionen nach dem Motto *alles unter einem Dach* – Infopoint, Post, Sparverein, Bar, Mütter- und Altentreff etc. zu verbinden, und den sterbenden Dörfern wieder einen lebendigen Kern zu geben.

Das derzeit beste Beispiel ist der *Nordwaldmarkt* in Nordhalben in der Region Nordostoberfranken. Die Gemeinde mit 1.800 Einwohnern befindet sich im strukturschwachen ehemaligen Zonenrandgebiet und ist geprägt von Abwanderung und demographischem Wandel. Als 2010 der einzige Vollsortimenter vor Ort den Betrieb einstellte, wurden die Bürgerinnen und Bürger selber aktiv und sicherten ihre eigene Versorgung durch einen genossenschaftlichen Laden. Ohne diese Versorgung würde sich die ohnehin schwierige Situation weiter verschärfen. Dem Laden, der in kinder-, senioren- und behindertengerechten Räumlichkeiten untergebracht ist, wurde ein Bistrobereich, sanitäre Anlagen, ein öffentlicher Bücherschrank und ein Treffpunkt mit Spielecke angegliedert. Der Laden liefert durch ehrenamtliche Helfer und gegen einen kleinen Aufpreis auch die Waren ins Haus. Dieses Beispiel zeigt die soziale Bedeutung einer genossenschaftlichen Nahraumversorgung und die Belebung des bürgerschaftlichen Engagements in eigener und gemeinsamer Sache.

10.7 Energie fürs Gemeinwesen

Besondere politische Schubkraft haben die seit mehreren Jahren unter der Bezeichnung *Energie in Bürgerhand* entstehenden Energiegenossenschaften. Diese Kraft resultiert aus der Sorge um eine ökologisch verantwortbare Energieversorgung aber auch als Reaktion gegen die Marktmacht der Energiekonzerne und eine lobbygesteuerte Politik, die deren Interessen dient. Energie kann wie Wasser und Informationssysteme als Gemeingut (Common) betrachtet werden. Vieles spricht dafür, diese Güter durch öffentliche Strukturen, z.B. Stadtwerke bereit zu stellen. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben sich erfolgreich gegen die Begehrlichkeiten der Energieriesen durchsetzen können, die sich durch die Privatisierung von Energie, Wasser und anderen Grundlagen des Gemeinwesens, hohe und nachhaltige Renditen sichern. Die einzige wirkliche Alternative zur staatlichen Organisation der Energieversorgung ist eine Energieerzeugungs- und/oder Energieverbrauchergenossenschaft. Sie ist gesetzlich auf die Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet und muss nutzer- statt investorenorientiert handeln (Flieger, 2011, S. 315). Energiegenossenschaften erzeugen, vertreiben und nutzen regenerative Energien und bestimmen den

Preis selbst. Sie sind ein Votum gegen die Praxis ökologischer Verantwortungslosigkeit und für die Relokalisierung, Entmonopolisierung und demokratische Kontrolle der Energieversorgung auf Basis regenerativer Quellen.

Bürgerinnen und Bürger haben die Vorteile selbstorganisierter Energieversorgung durch genossenschaftliche Lösungen auch im Sinne der lokal-regionalen Wertschöpfung erkannt. Zunächst sind es finanzielle Vorteile, die den NutzerInnen und dem Gemeinwesen zugute kommen. Auch für sie ist die Investition mit langfristigen Renditen verbunden. Die hohen und dauerhaften Gewinne, die ansonsten zugunsten nicht beeinflussbarer Konzerngeflechte aus den Städten und Regionen abfließen, können als Wertschöpfungsquelle für gemeinwohlorientierte Aufgaben genutzt werden. In Genossenschaften entscheiden die Nutzenden nicht nur über die Energiequellen, sondern auch über die Gewinnverwendung. Einige Energiegenossenschaften führen einen *Sozial-Agio*, nicht nur zugunsten des eigenen Gemeinwesen, sondern auch in Partnerschaft mit einem Entwicklungsland ab.⁷

11. Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neuer Subsistenz

In enger Verbindung mit der Frage der Wiederaneignung und Bewirtschaftung der Commons steht die facettenreiche Bewegung neuer Subsistenz. Im weiteren Sinne lassen sich darunter alle Formen des freien Engagements zur eigenen und gemeinsamen Lebenssicherung und generell Formen marktunabhängiger sozialer Produktivität verstehen. Dazu gehören z.B. handwerkliche und künstlerische Eigenarbeit, familiäre und überfamiliäre Sorgearbeit, neue Solidarsysteme auf Gegenseitigkeit und urbane Landwirtschaft als derzeit stärkste Bewegung.

7 Beispiele: Friedrich Wilhelm Raiffeisen e.G. Bad Neustadt, Wärme-Strom-Gemeinschaft Schwabach e.G., Energiegenossenschaft Odenwald e.G., Photovoltaikgenossenschaft St. Ingbert, fairPla.net e.G. Münster.

Ansätze neuer Subsistenz verbreiten sich derzeit weltweit. Selbsterntegärten und Bauerngärten boomen, die Bewegung der Interkulturellen Gärten wächst weiter, Nachbarschaftsgärten, Kiezzgärten und Gemeinschaftsdachgärten entstehen und vernetzen sich untereinander (www.urbanagriculturebasel.ch). Urbane Landwirtschaft ist Symbol und realer Beitrag der Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft, die einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von Markt und Staat anstrebt, andererseits auf Grundlagen der eigenständigeren Lebenssicherung angewiesen ist.

Die Münchener Sozialwissenschaftlerin Christa Müller (2011) konzipiert, fördert und dokumentiert seit vielen Jahren Ansätze der Eigenarbeit und der neuen Subsistenz, insbesondere die Bewegung der urbanen Landwirtschaft. Was sich in den letzten Jahren mitten in unseren Städten ereignet, ist, so Müller, aufsehenerregend. In Berlin bauen junge Großstadtmenschen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen am Kreuzberger Moritzplatz Gemüse in Bäckerkisten und ausgedienten Reissäcken an. Die ersten Berliner Parks werden von Anwohnerinnen und Anwohnern übernommen und in Eigenregie betrieben. Der Berliner Senat sah sich nicht mehr in der Lage, die zahlreichen Parks und öffentlichen Gärten zu pflegen. Die Übertragung an die Bürgerinnen und Bürger war eine kluge Lösung, die jedoch auch von wachsender öffentlicher Armut zeugt und bereits Teil neuer Bewältigungsstrategien privater Armut ist. Dies gilt nicht nur für Berlin. Während neue Gemeinschaftsgärten seit Ende der 1990er Jahre insbesondere der Förderung der interkulturellen und intergenerativen Koexistenz in der Stadt dienen oder auch therapeutische und sozialkulturelle Ziele verfolgten, rückt zunehmend der Beitrag zur Existenzsicherung einer wachsenden Armutsbevölkerung in das Zentrum der Gartenbewegung.

Eine Romantisierung ist unangebracht. Doch die vielfältigen Möglichkeiten gemeinsamer Alltagsbewältigung oder der Aneignung produktiver Räume sind ein zentraler Aspekt ökosozialer Entwicklung und unter sozial- und umweltpolitischer Sicht ein großes Potenzial welches in Verbindung mit einer bedingungslosen Grundsicherung zu denken wäre. Interessant erscheint mir, dass diese Bewegung der sozialproduktiven Eigenarbeit

kulturelle, soziale und generative Grenzen überschreitet und auch deshalb Gemeinwesen neu entstehen lässt.

12. Partizipative Aktionsforschung und Community Development

Die Bewältigung der Herausforderungen der Wachstumswende und die Gestaltung zukunftsfähiger Lösungen braucht die schöpferischen Potentiale möglichst vieler Menschen und ein Methodenrepertoire, welches geeignet ist, Prozesse der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformation zu initiieren und zu begleiten. Community Development ist eine weltweit verbreitete Strategie der systematischen und partizipativen Entwicklung lokaler und regionaler Räume gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung. Die Verbindung dieses Ansatzes mit Methoden der partizipativen Aktionsforschung (Reason & Bradbury, 2001) ist insbesondere in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit und der sozialen Stadtentwicklung nicht neu (Rubin & Rubin, 2007). Sie gewinnt vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Wachstumswende und der Entwicklung für Nachhaltigkeit an Bedeutung. Community Development ist dabei als konzeptionelle und integrative Basis einer Entwicklung von unten sowie als demokratisierende Handlungsstrategie zu sehen.

Aktivierende und partizipative Forschung für Entwicklung ist in diesem Zusammenhang Mittel der kooperativen Wissensproduktion zur Erarbeitung und Umsetzung von Lösungen im Bereich der Belange des Gemeinwesens unter Beteiligung der Betroffenen. Es handelt sich um eine Forschungskultur die transdisziplinär verfasst ist und nichtwissenschaftliches Wissen mobilisiert und integriert. Seit kurzer Zeit ist dieser Ansatz als Transformative Forschung (WGBU, 2011, S. 374) im wissenschaftlichen Diskurs (Spangenberg, 2002, S. 52–60). Sie geht von komplexen gesellschaftlichen Problemen aus und als praxisrelevanter Lösungsansatz hat sie den Anspruch, drei verschiedene handlungsrelevante Wissensformen zu generieren (Futures, 1993, S. 739–755).

1. Systemwissen: Wissen über Zusammenhänge und Dynamiken
2. Zielwissen: Wissen über erwünschte Veränderungsziele in Zusammenarbeit mit Betroffenen
3. Transformationswissen (Vgl. Schneidewind & Singer-Brodowski, 2013): Kooperative Wissensproduktion über Möglichkeiten der Auslösung von gewünschten Veränderungsprozessen

Diese Wissensbereiche, die in partizipativen Prozessen mit den Betroffenen erarbeitet werden, überschneiden sich mit den Phasen des Prozesses im Kontext von Community Development, welches dann noch einen Schritt weiter geht und partizipative Umsetzungsstrategien in iterativen Prozessen realisiert. Voraussetzung und Basis ist das Verstehen der Lebenswelten, Sinnstrukturen und Relevanzkriterien der örtlichen Bevölkerung und die Konstruktion von Settings der Aktivierung und Begleitung von Schritten der Forschung und Entwicklung in einem sozialkulturellen Kontext, der den Betroffenen entspricht. Ein gutes Beispiel findet sich in diesem Band.⁸

Literaturverzeichnis

- Beck, U. (1993). *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Biesecker, A. & Kesting, S. (2003). *Mikroökonomik*. München: Oldenbourg-Verlag.
- Böhnisch, L. & Schröer, W. (2002). *Die soziale Bürgergesellschaft*. Weinheim: Juventa.
- Campbell, K. M., Gulledege, J., McNeill, J. R. et al. (2007). *The Age of Consequences*. Washington.
- Deutsch, D. (2006). *Schöne Aussichten fürs Alter*. München.
- Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2002). *On the Edge of Scarcity*. New York: Syracuse.

8 Vgl. den Beitrag von Salzer Anja und Elsen Susanne.

- Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2004). *Das Zeitalter der Knappheit*. Bern: Haupt Verlag.
- Elsen, S. (2003). Lässt sich Gemeinwesenökonomie durch Genossenschaften aktivieren? In B. Flieger (Hrsg.), *Sozialgenossenschaften* (S. 57–79). Neu-Ulm.
- Elsen, S. (2007). *Die Ökonomie des Gemeinwesens*. Weinheim: Juventa.
- Flieger, B. (2011). Energiegenossenschaften – Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich. In S. Elsen (Hrsg.), *Ökosoziale Transformation*. Neu-Ulm.
- Friemel, K. (2010). Geben und Nehmen. *brand eins*, 12(4), S. 123–127.
- Fung, A. & Wright, E. O. (Hrsg.). (2003). *Deepening Democracy: Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance*. London: Verso.
- Gorz, A. (2000). *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1981). *Theorie kommunikativen Handelns* (2 Bd.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1985). *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herzberg, C. (2009). *Von der Bürger- zur Solidarkommune*. Hamburg: VSA.
- Ife, J. (1995). *Community Development*. Australia: Pearson.
- Istituto Italiano degli Studi Cooperativi »Luigi Luzzatti« (1992). Legge 8 novembre 1991, n.381 – Disciplina delle cooperative sociali (S. 18 f.). Rom.
- Legacoop (2003). Legacoop in cifre pre-consuntivi 2003 e stime 2004. Letzter Zugriff am 15. Juli 2006 über www.legacoop.it.
- Legacoop (2011). *Guida alle Cooperative di Comunità*. Lecce.
- Leggewie, C. & Welzer, H. (2009). *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten* (3. Auflage). Frankfurt am Main: Fischer.
- Lietaer, B. (2002). *Das Geld der Zukunft*. München.
- Müller, C. (Hrsg.). (2011). *Urban Gardening*. München.
- Nussbaum, M. C. (1999). *Gerechtigkeit oder das gute Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pankoke, E. (2000). Freie Assoziationen. In A. Zimmer & S. Nährlich (Hrsg.), *Engagierte Bürgerschaft* (S. 189 f.). Opladen: Leske + Budrich.

- Perlas, N. (2000). *Shaping Globalization*. Quezon City: Center for Alternative Development Initiatives.
- Polanyi, K. (1995[1944]). *The great Transformation* (3. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reason, P., Bradbury, H. (Hrsg.). (2001). *Handbook of Action Research*. London: Sage.
- Rubin, H., Rubin, I. (2007). *Community Organizing and Development*. Boston: Pearson.
- Schneidewind, U., Singer-Brodowski, M. (2013). *Transformative Wissenschaft*. Marburg: Metropolis.
- Schumpeter, J. A. (1964 [1911]). *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 6. Auflage. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schwendter, R. (Hrsg.). (1986). *Die Mühlen der Berge*. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Seidl, I. & Zahrt, A. (Hrsg.) (2010). *Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Transkript.
- Sen, A. (2000). *Ökonomie für den Menschen*. München: Hanser.
- Spangenberg, J. H. (2002). Sustainability Science: Science must go public for Sustainable Development. In J. van der Sluijs (Hrsg.), *Management of Uncertainty in Science for Sustainability* (S. 52–60). Utrecht.
- Stiglitz, J., Sen, A. & Fitoussi, J.-P. (2009). *The Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Letzter Zugriff am 30.06.2011 über www.stiglitz-sen-fitoussi.fr.
- WGBU (Hrsg.). (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten*. Berlin.
- Wobbe, T. (2000). *Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Wright, E. O. (2010). *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.
- Zimmer, A. & Priller, E. (2005). Der Dritte Sektor im aktuellen Diskurs. In K. Birkhölzer, A. Klein et al. (Hrsg.), *Dritter Sektor / Drittes System*. Wiesbaden: VS Verlag.